



International ([/international](#))

Klimaschutz durch Krieg?



(#timeline)

Krieg hat unmittelbare und gravierende Auswirkungen auf Klimaschutz, Energieversorgung und Infrastrukturen, wie sich gerade durch Wladimir Putins Überfall auf die Ukraine zeigt. Langfristig könnten diese Folgen aber auch positiv sein.

Christoph Müller ([/autor/christoph-mueller-772644](#))

In ihrem im April 2021 veröffentlichten Artikel „Die Geopolitik des Klimawandels“ meinten Klimaschutzkommissar Frans Timmermans und EU-Außen- und Sicherheitsbeauftragter Josep Borrell: „Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen wird die strategische Position der EU erheblich verbessern, und die **Energiewende** (<https://www.furche.at/religion/klimaschutz-buddha-als-netzwerk-7646451>) wird zu Machtverschiebungen führen, weg von jenen, die die fossilen Brennstoffe kontrollieren und exportieren, hin zu denen, die die grünen Zukunftstechnologien beherrschen.“

Das Ende von Energieimporten wird auch dazu beitragen, die Einkünfte und geopolitische Macht von Ländern wie Russland zu vermindern – und, dass die Reduzierung der EU-Energieimporte kurzfristig zu mehr Instabilität führen dürfte, weil Russland seine zentrale Einkommensquelle verliert und der Kreml darauf mit abenteuerlichem Verhalten reagieren könnte.“ Prophetisch verwiesen

sie auf den aktuellen Hauptfeind, wobei sie wahrscheinlich nicht an den Ukraine-Krieg als Startschuss für den aktuellen energiepolitischen Kurswechsel der EU dachten. Und der deutsche FDP-Chef sowie Finanzminister Christian Lindner meinte nach dem russischen Angriff: „Erneuerbare Energien leisten nicht nur einen Beitrag zur Energiesicherheit und -versorgung. Sie lösen uns auch von Abhängigkeiten. Erneuerbare Energien sind deshalb Freiheitsenergien.“

Energieversorgung, Verfügbarkeit über Rohstoffe und deren Transportwege gehören folglich zu den zentralen Zielen staatlicher Politik und werden selbst zu konfliktverschärfenden Faktoren. 2019 hat die Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) diese Entwicklungen in ihrem Bericht „Eine neue Welt“ aufgezeigt.

Stopptaste für die Klimakooperation

Jeder Krieg bindet enorme Ressourcen, die jetzt für die dringend notwendigen energie- und industriepolitischen Reformen fehlen. Ohne einen erfolgreichen wirtschaftlichen Strukturwandel der Ukraine, die über 30 Prozent ihres Strombedarfs durch Steinkohle deckt, wird die EU ihr Ziel verfehlen, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. In ihrem Vorschlag „Der europäische Grüne Deal“ stellte die Kommission fest: „[Die ökologische Wende](https://www.furche.at/wissen/scientists-for-future-die-klimaschutz-kollaboratoren-7646862) kann für Europa nur dann wirklich funktionieren, wenn auch die unmittelbaren Nachbarn der EU wirksame Maßnahmen treffen.“

“

Der Krieg legt alle Kooperationsformate im Bereich Klima zwischen Russland und der EU auf Eis. Zugleich beschleunigt er die Energiewende in der EU dramatisch.“

Die Ukraine gehörte zu den ersten, die 2020 ankündigten, zum Grünen Deal beizutragen, ein hochrangiger Dialog mit der EU dazu hat bereits begonnen. Der Krieg bedeutet das vorläufige Aus für diese Bemühungen und legt auch alle Kooperationsformate im Bereich Klima zwischen Russland und der EU auf Eis. Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Glasgow vom November 2021 stellte Präsident Putin die Klimaneutralität der Russischen Föderation bis spätestens 2060 in Aussicht.

Der Kreml hatte die EU-Klimaschutzmaßnahmen schon lange beargwöhnt – zuletzt insbesondere die Pläne zum CO₂-Grenzausgleichssystem zur Besteuerung von Produkten aus weniger klimafreundlichen Ländern, was Russland besonders treffen würde. Die Regierung hat zwar den Bedarf einer grünen Modernisierung ihrer Wirtschaft formuliert, gleichzeitig den Grünen Deal aber zunehmend als ein geopolitisches und protektionistisches Projekt wahrgenommen, um den Einfluss Russlands zu begrenzen.

Zwar ist auch in Russland der Klimawandel unübersehbar. Doch setzt man auch auf seine vermeintlich positiven Folgen wie die Verkürzung der Heizperiode oder neue landwirtschaftliche Flächen. Die immer drastischeren und häufigeren Folgen des Klimawandels zeigen jedenfalls, dass Eile geboten ist. Unsere heutigen Energiesysteme samt Infrastrukturen sind über Jahrhunderte in Abhängigkeit von der technologischen Entwicklung gewachsen.

Sie haben der Menschheit gedient, bedrohen aber ihre Zukunft. Die Schwierigkeit besteht nun darin, dass wir nicht aus dem jetzigen System bis 2030 ausbrechen können, ohne dass es zu massiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen kommt. Bevor der Beitrag der dominierenden fossilen Energieträger drastisch reduziert werden kann, müssen Erneuerbare in genügender Menge an den richtigen Orten zu erschwinglichen Preisen bereitstehen. Riesige russische Ressourcen China wird aufsteigen und die Erdölstaaten werden fallen, so die konventionelle Vorhersage.

Laut Jason Bordoff, Sicherheitsberater von Barack Obama, würden die geopolitischen Auswirkungen des Übergangs zu sauberer Energie jedoch viel subtiler und komplexer ausfallen: „Viele der heutigen Vorhersagen werden sich wahrscheinlich als falsch herausstellen oder es wird Jahrzehnte dauern, bis sie sich auf unvorhersehbare Weise entfalten.“

Wenn die politischen Entscheidungsträger kein klares Bild davon bekommen, wie sich die globalen Machtverhältnisse ändern werden – nicht nur in einer zukünftigen Ära der kohlenstofffreien Energie, sondern auch während des langen und unübersichtlichen Übergangs dorthin – werden sie nicht in der Lage sein, die kommende Ära außenpolitischer Risiken zu bewältigen, und ihre Bemühungen zur

Bekämpfung des Klimawandels werden zum Stillstand kommen.“

Die künftige wirtschaftliche Stärke der EU hängt von der Entwicklung von Technologien und Leitmärkten sowie der Setzung von Standards und Normen ab. China verfolgt diese Strategie mit seinen Programmen „Made in China 2025“ und „Standards 2030“. Die EU braucht Importe von grünem Strom, denn es fehlt an Fläche und gesellschaftlicher Bereitschaft, den Bedarf allein zu decken.

Das erhoffte Ende der Kohlenstoffwirtschaft wird jedenfalls nicht zum geopolitischen Niedergang Russlands führen, das auf seinem riesigen Territorium über enormen Ressourcen verfügt. Das gilt auch für zukunftsträchtige Energieträger wie Sonnenstrom am Schwarzen und Kaspischen Meer und den Steppen östlich der Wolga. Beim Windenergie-Potenzial ist Russland mit Abstand weltweit Spitzenreiter vor Kanada, USA und China. Aber auch unabhängig davon sind die Aussichten der EU bei der strategischen Rohstoffversorgung zur angepeilten Dekarbonisierung herausfordernd. So braucht man für eine Batterie neueren Typs mit 60 kW/h Leistung neun Kilogramm Kobalt, elf Kilogramm Lithium und 70 Kilogramm Nickel.

Die Länder mit der größten Fördermenge bei Kobalt sind der Kongo, China, Kanada – und Russland. Bei Nickel sind es Indonesien, Philippinen und Russland. China verfügt über die größte Menge Seltener Erden, Russland liegt hier an vierter Stelle. Gebraucht werden diese Stoffe für Elektromotoren, Roboter oder Windgeneratoren. Derzeit bezieht die EU mehr als 90 Prozent aus China. Für E-Autos und Speichertechnologie benötigt sie bis 2030 18-mal mehr Lithium und fünf mal mehr Kobalt – und bis 2050 jeweils 60-mal und 15-mal mehr.

Weltweit prognostiziert die Weltbank bis 2050 einen Anstieg der Kobalt- und Lithiumproduktion um 500 Prozent. Bei grünem Wasserstoff ist die Lage besser. Die sehr energieintensive Elektrolyse, mit der Wasserstoff aus Wasser abgespalten wird, erfolgt mit erneuerbaren Energien. Spanien und andere Mittelmeeranrainer verfügen hier über beträchtliches Potenzial. Sonnenstrom ließe sich aus Nordafrika, Windstrom aus Skandinavien oder der Ukraine importieren. Zur Überbrückung wird blauer, violetter und gelber Wasserstoff als kleineres Übel verfügbar sein. (Bei der blauen und violetten Methode wird die Elektrolyse mit Gas durchgeführt, das CO₂ abgeschieden und unterirdisch gelagert bzw. als Grafit abgespalten. Die gelbe Wasserstoffgewinnung arbeitet mit Nuklearenergie.)

Im Oktober 2021 hat die russische Regierung ein Entwicklungskonzept für wasserstoffbasierte Energie verabschiedet und Gazprom mit der Erstellung einer Roadmap beauftragt.

Klimaneutrale Globalisierung?

Nicht zuletzt die Erklärung Russlands und Chinas einer „Neuen Epoche der Internationalen Beziehungen und der Globalen Nachhaltigen Entwicklung“ vom 4. Februar 2022 macht klar, dass Chinas ökonomisches und technologisches Potenzial noch enger mit den russischen Rohstoffen gekoppelt werden soll. Peking bindet über seine Seidenstraßeninitiative angrenzende Räume über Lieferketten und Infrastrukturen an sich. Die im Dezember vorgelegte „Global Gateway Strategie“ der EU versteht sich als Antwort darauf.

Klar ist: In einer Welt zunehmender Konkurrenz entstehen Sicherheitsdilemmata – und eine klimaneutrale Globalisierung gerät

aufgrund partikularer und kurzfristiger Vorteilssuche ins Hintertreffen. Eine gigantische Herausforderung für die EU, wobei der Ukraine-Krieg die Energiewende der EU beschleunigen wird. Putins Krieg in Syrien war freilich nie ein Grund, auf russisches Gas und Erdöl zu verzichten.

Der Autor ist Jurist und Lehrvortragender an der Wirtschaftsuniversität Wien.

von **Christoph Müller**([/autor/christoph-mueller-772644](#))
